

Glaubwürdigkeit der Medien bröckelt

Der Verlegerverband streicht die Gelder für den Presserat und schadet so Lesern und Qualitätsmedien gleichermaßen

TEXT: PETER JOHANNES MEIER
ILLUSTRATION: THILO ROTHACKER

Journalisten haben einen schlechten Ruf. Sie verdrehen und blenden aus, glauben viele. Sie zerren Unschuldige vor die Kamera und stellen sie bloss. Und sie haben einen Pakt mit den Mächtigen geschlossen, mit denen da oben. In Befragungen zur Glaubwürdigkeit von Berufen landen Journalisten regelmässig auf letzten Plätzen. Ein Grund zur Sorge, denn wir alle konsumieren täglich Medien.

Immerhin gibt es eine Institution, die sich mit Vorwürfen gegen Journalisten auseinandersetzt: den Presserat. Von Journalisten gegründet, wird er seit 2008 auch vom Verband Schweizer Medien unterstützt.

15 Medienschaaffende und 6 Publikumsvertreter prüfen jeweils, ob Journalisten gemäss den «Rechten und Pflichten» arbeiten, die in einem Ethik-Kodex festgehalten sind. Etwa die Pflicht, bei schweren Vorwürfen Betroffene anzuhören und deren Meinung im selben Artikel fair wiederzugeben. Jeder Bürger kann mit einer begründeten Beschwerde den Presserat anrufen.

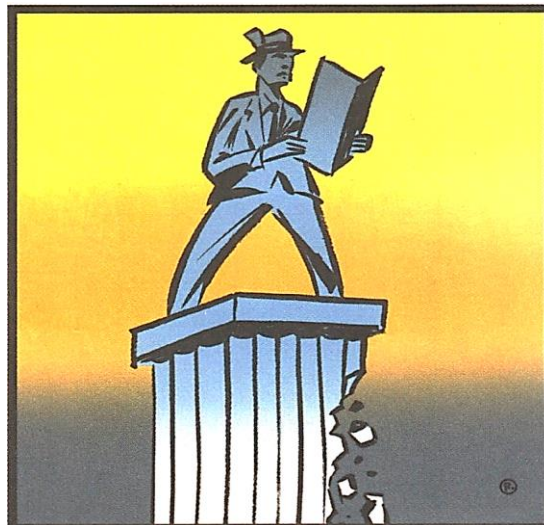
Die Verleger sparen am falschen Ort

Bestrafen kann der Presserat Journalisten nicht. Aber er prangert sie an, indem er seine Entscheide veröffentlicht und die betroffenen Medien anhält, das ebenfalls zu tun.

Bürger, die sich über einen Artikel ärgern, erhalten eine professionelle Beurteilung und können sich den risikoreichen und teuren Gang vor Gericht oft sparen. Ebenso die Medienhäuser. Deren Ruf wird zudem verbessert, wenn sie nicht ständig gerügt werden.

Doch statt den Presserat zu stärken, hat der Verlegerverband nun beschlossen, für die nächsten drei Jahre keine Mitgliederbeiträge zu bezahlen - aus Spargründen. Es geht um

«Der Presserat gibt Bürgern, die sich über einen Artikel ärgern, eine professionelle Beurteilung.»



Peter Johannes Meier
ist Beobachter-Redaktor.

36 000 Franken pro Jahr, was Konzerne wie Tamedia, AZ oder Somedia aus der Portokasse bezahlen könnten. Allein Tamedia verbuchte 2015 einen Rekordgewinn von 334 Millionen Franken, was einen 6-Millionen Bonus für den Geschäftsleiter erlaubte.

Seit Ringier und Axel Springer* 2015 aus dem Verband austraten, haben die Verleger wohl ein Finanzierungsproblem. Das jetzt auf dem Buckel des Presserats auszutragen wäre aber am falschen Ort gespart: an der Qualität des Journalismus.

Günstiger als jedes Gericht

Der Presserat arbeitet günstiger und schneller als jedes Gericht. Seine Mitglieder arbeiten für ein Sitzungsgeld von 150 Franken pro Fall, auch wenn Vorbereitung und Beurteilung Stunden dauern. Billiger lässt sich Medienqualität nicht fördern. Immerhin unterstützen die Medienhäuser Ringier, Ringier Axel Springer Schweiz und die SRG den Presserat weiterhin.

Heute kann jeder ein Journalist sein, der einen Internetanschluss hat. Aufwendiger Qualitätsjournalismus ist nur ein Mausklick von Kommentaren, Verschwörungstheorien und ounalistisch getarnter Werbung entfernt.

Medien könnten sich von solchen Machwerken abheben, indem sie ihre Prinzipien aktiv vertreten und deklarieren. Ein Qualitätslabel für solche Produkte würde Konsumenten vielleicht dazu bewegen, für guten Journalismus eher zu bezahlen. Eine Art Fair-Trade-Journalismus, für den der Ethik-Kodex des Presserats die Basis sein könnte.

Dafür müssten die Verleger den Presserat allerdings stärker unterstützen, statt auf Kosten der eigenen Glaubwürdigkeit ein paar Franken zu sparen.

Dem Presserat «kommt grosse Bedeutung zu», gerade weil er «als kritische Stimme für Medienunternehmen und Redaktionen unangenehm sein kann». Das schrieb Pietro Supino, VR-Präsident von Tamedia, vor drei Jahren im «Magazin».

Supino soll am 22. September zum neuen Präsidenten des Verlegerverbands gewählt werden. Seinen Worten sollten Taten folgen. ■

*Ringier und Axel Springer haben Anfang Jahr ein Joint Venture gegründet, das unter anderem den Beobachter herausgibt.